



Wie weiter nach dem Brexit?

Studie bricht EU-Tabu

von René Höltschi, Brüssel / 29.8.2016, 19:34 Uhr

Teilnahme am EU-Binnenmarkt ohne Freizügigkeit: Was bisher politisch tabu ist, könnte laut einer Studie ein Modell für die künftigen Beziehungen der EU mit London und vielleicht auch mit Bern werden.



Wie werden die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und England aussehen? (Bild: Frank Augstein / Keystone)

Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Grossbritannien und der EU nach dem EU-Austritt der Briten (Brexit) gehört zu den grossen aktuellen Herausforderungen Europas. Während die politische Debatte darüber noch kaum begonnen hat, hat eine fünfköpfige Autorengruppe um Guntram Wolff, den Direktor der Brüsseler Denkfabrik Bruegel, am Montag einen [Vorschlag für eine «kontinentale Partnerschaft» \(CP\)](#) vorgelegt. Diese könnte nicht nur die Briten, sondern auch weitere Drittstaaten wie die Schweiz und längerfristig die Türkei in einen äusseren Kreis an die EU anbinden, schreiben die Autoren.

Binnenmarkt ohne Freizügigkeit

Der Vorschlag verdient insofern Beachtung, als Wolff mit Jean Pisani-Ferry (Berater des französischen Premierministers) Norbert Röttgen (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im deutschen Bundestag), André Sapir (Bruegel) und Paul Tucker (ehemaliger britischer Vize-Notenbankchef) einflussreiche Mitautoren um sich geschart und Bruegel schon wiederholt als Impulsgeber für EU-Institutionen gewirkt hat. Alle Autoren haben nicht im Namen ihrer Institutionen, sondern einzig in ihrer persönlichen Kapazität mitgewirkt.



Wirtschafts-Newsletter der NZZ

Besser informiert in den Tag

von Jürg Müller / 17.5.2016, 15:30

Kurz zusammengefasst sähe die «kontinentale Partnerschaft» wie folgt aus: Die im äusseren Kreis angebotenen Länder würden an drei Elementen des

Neue Zürcher Zeitung

vierten Element, der Personenfreizügigkeit. Zwar hält das Papier eine gewisse temporäre Arbeitsmobilität für nötig, um den Unternehmen die grenzüberschreitende Tätigkeit im Binnenmarkt zu ermöglichen. Doch darüber hinaus würde die Arbeitsmigration in beide Richtungen durch Quoten geregelt. Zwingend wären Beiträge dieser Staaten in den EU-Haushalt, unter anderem, um die Kohäsionspolitik mitzufinanzieren, die schwächeren Ländern die Aufholjagd im Binnenmarkt erleichtern soll. Angepeilt würde zudem eine enge Kooperation in weiteren Bereichen wie Aussenpolitik, Sicherheit und eventuell Verteidigung.

Das letzte Wort hat die EU

Die Staaten im äusseren Kreis müssten das EU-Binnenmarkt-Recht (ausgenommen Freizügigkeit) übernehmen. Im Gegenzug würde ihnen ein Konsultationsrecht gewährt: Vor der formellen Verabschiedung neuer Binnenmarktregeln durch den Ministerrat (Gremium der EU-Staaten) und das EU-Parlament würden diese in einem CP-Rat besprochen, in dem alle beteiligten Staaten vertreten wären. Die EU-Mitglieder würden sich politisch verpflichten, die dort vertretenen Meinungen zu berücksichtigen. Im Falle eines Dissenses aber hätte die EU das letzte Wort.

Überwachen würde die Einhaltung der Binnenmarktregeln durch teilnehmende Drittstaaten laut Wolff wohl die EU-Kommission, doch diskutiert das Papier solche Fragen noch nicht im Detail. Im Streitfall könnten sich die Autoren die Anrufung des EU-Gerichtshofs in einer erweiterten Zusammensetzung – einschliesslich Richtern aus den Drittstaaten – vorstellen.

Falsches Timing für Bern

Eine Teilnahme am Binnenmarkt ohne Personenfreizügigkeit widerspricht der nach dem Brexit-Referendum von den übrigen 27 EU-Staaten ausgegebenen Losung, wonach alle vier Freiheiten zusammengehören. Dem hält die Studie entgegen, dass Arbeitsmobilität zwar ökonomisch und sozial wünschbar, aber für das Funktionieren eines integrierten Marktes für Güter, Dienstleistungen und Kapital nicht unabdingbar sei.

Ob sich diese Sicht in der EU politisch durchsetzen wird, ist fraglich. Täte sie es, würde ein Beitritt zur CP der Schweiz die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stark erleichtern. Im Gegenzug müsste sie alle übrigen Binnenmarktregeln übernehmen (den Drittstaaten kann und soll laut der Studie kein «Rosinenpicken» gewährt werden) und institutionelle Arrangements akzeptieren. Hinzu kommt, dass die Schweiz eine Lösung bis Februar braucht, während die Diskussion der EU mit London viel länger dauern wird.

@RHoeltschi folgen

Europas Demokratie-Debatte nach dem Brexit

Ein Plebiszit macht ein Land nicht demokratischer

von Niklaus Nuspliger, Brüssel / 28.8.2016, 11:00

In Europa nimmt die Zahl der Volksabstimmungen zu. Doch nationale Referenden drohen die Handlungsfähigkeit der EU zu untergraben, zumal viele Länder nicht auf Volksabstimmungen ausgerichtet sind.

Solides halbes Jahr für ZKB

ZKB-Kunden seit Brexit deutlich aktiver

von Zoe Baches / 26.8.2016, 22:27

Wegen Ereignissen von vor zehn Jahren liegt immer besonderes Augenmerk auf dem Handelsgeschäft der Staatsbank. Der Handel sei heute völlig anders aufgestellt als früher, sagt ZKB-Chef Martin Scholl.

Wie weiter nach dem Brexit?

Zwischen Norwegen und Nordkorea

EU aktuell.



MEISTGELESEN IN DIESEM RESSORT

Bundesbank repatriert Goldbarren

Die Rückkehr des nie verlorenen Schatzes

KOMMENTAR / Michael Rasch, Frankfurt / 9.2.2017

Von der Erfolgsgeschichte zum Turnaround-Versuch

Auch Trump kann Twitter nicht helfen

Christiane Hanna Henkel, New York / 9.2.2017



Das könnte Sie auch interessieren

Neue Zürcher Zeitung



Australiers Lebensstil in German

von Patrick Zoll, Sydney / 8.2.2017

Australier verbringen ihre Zeit gerne draussen – mit Surfen, Sonnenbaden oder Grillieren. Doch das Sommerwetter meint es immer häufiger zu gut mit ihnen.



Ma Vie von Hugo Boss

ANZEIGE

Für eine feminine Aura und gutes Selbstvertrauen. Jetzt auf OTTOS.ch!



Angriffe auf die Justiz

Supreme-Court-Kandidat kanzelt Trump ab

9.2.2017

Donald Trumps Kandidat für die freie Stelle am Obersten Gericht kritisiert dessen verbalen Entgleisungen gegen Richter und die Justiz. Neil Gorsuch bezeichnet die Äusserungen als «demoralisierend und entmutigend».

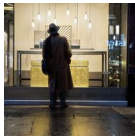


Streit über Trumps Justizminister

Redeverbot für demokratische Senatorin

von Karin A. Wenger / 8.2.2017

Die Republikaner haben der Demokratin Elizabeth Warren im Senat das Wort entzogen. Während einer Debatte über den designierten Justizminister Jeff Sessions sprach sie Rassismuskritik aus seiner Vergangenheit an.



Banknoten und Geldwäscherei

Die Schweizer sind Bargeld-Weltmeister

von Hansueli Schöchli / 9.2.2017

Seit Anfang 2016 gelten die verschärften Regeln des Geldwäschereigesetzes für Bargeldtransaktionen ab 100 000 Franken. Trotzdem hat der Bargeldumlauf in Franken nochmals stark zugenommen.



Vontobel gibt den Ton an.

ANZEIGE

Wir sind führend bei Schweizer Aktien. Investieren Sie jetzt.



Abstimmung im US-Senat

Ein Hardliner ist Amerikas neuer Justizminister

9.2.2017

Donald Trumps Kandidat für das Amt des Justizministers wurden Sympathien für den Ku Klux Klan und Rassismus verworfen

Service / Newsletter / Facebook / Twitter / Xing / Google+ / Instagram / RSS-Feeds / Apps / Kontakt & Feedback / Häufige Fragen / Leserbriefe / Impressum / Netiquette / AGB & Datenschutz / Wetter

Abonnement / Alle Angebote / Zeitungen / Magazine / E-Paper / Mein Abo verwalten

Marktplätze / Jobs / Immobilien / Traueranzeigen

NZZ Welt / Shop / Reisen / Wein / Archiv / Format / Libro

Zeitungen, Magazine und Portale / Neue Zürcher Zeitung / NZZ am Sonntag / NZZ Folio / NZZ Campus / Frame / NZZ Geschichte / NZZ am Sonntag Stil / NZZ Z / NZZ Bellevue / NZZ Bücher am Sonntag / NZZ Residence / NZZ Fokus / NZZ Executive / NZZ Domizil / NZZ Chronik / NZZ.at

NZZ Mediengruppe / Unternehmen / Offene Stellen / Medienmitteilungen / LZ Medien / Tagblatt Medien / TV und Radio / NZZ Film / NZZ Podium / NZZ Podium Berlin

Werbung / Mediadaten / Inserieren / Zeitungen / audienzz / Rubrikenmärkte / Kontakt

Weitere Angebote / Abnahmeprogramm eBalance / Handelsregister- u. Wirtschaftsinformationen Schweiz / Handelsregister- u. Wirtschaftsinformationen Deutschland / Swiss Economic Forum / Swiss Innovation Forum / Swiss Technology Award / Swiss Energy and Climate Summit / Family Business Award / NZZ Swiss International Finance Forum / NZZ X.Days / NZZ Real Estate Days / NZZ CEO Dinner / NZZ Netversity 50/50 / Architonic / Bauprojektinformationen Schweiz / Zurich Film Festival

